

Ein Jahr Deutsche Demokratische Republik

Von Max Fechner, Minister der Justiz der Deutschen Demokratischen Republik

Eine Wende in der Geschichte Deutschlands

Am 7. Oktober 1949 hat das deutsche Volk die politischen und staatsrechtlichen Konsequenzen aus der nationalen Notlage gezogen, in die es durch die Politik der westlichen Mächte hineingestoßen worden war, die das Potsdamer Abkommen auf schändliche Weise brachen und die in diesem feierlich gegebenen Zusicherungen mißachteten. Der im Mai 1949 aus den freien, geheimen, demokratischen Wahlen zum dritten Volkskongreß hervorgegangene Deutsche Volksrat konstituierte sich an dem historischen Freitag als die Repräsentation des Volkswillens zur Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. Einstimmig beschloß sie, die vom dritten Volkskongreß bestätigte Verfassung in Kraft zu setzen, und erließ das Gesetz über die Bildung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Durch diesen feierlichen Akt wurden vor einem Jahr in der Hauptstadt Berlin die Grundlagen für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland gelegt. Aus der neuen Lage, die durch die Bildung der Bonner Separatregierung am 7. September 1949 entstanden war und deren wesentliches Kennzeichen der darin liegende weitere Schritt zur endgültigen Spaltung Deutschlands war, hatte die Sowjetregierung am 7. Oktober 1949 die entscheidende Folgerung gezogen und dem deutschen Volke das Recht zur eigenen staatlichen Entwicklung zugebilligt, das zu gewähren sich auch die Regierungen der USA und Englands in den Potsdamer Beschlüssen, denen Frankreich später beigetreten war, feierlich verpflichtet hatten. Mit der Übergabe der Verwaltungsfunktionen der Sowjetischen Militärverwaltung an die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik war eine Wende in der Geschichte Deutschlands eingeleitet.

Welche hohe Bedeutung dieses Ereignis hat und welche Wirkung ihm für die Sicherung der friedlichen Entwicklung in Europa zuzumessen ist, ergibt sich aus dem Telegramm des Generalissimus Stalin an den Präsidenten und den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik: „Die Gründung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas.“

Die Arbeitsmethode der Regierung

Als die Regierung am 12. Oktober 1949 durch den Ministerpräsidenten Grotewohl vor dem ganzen deutschen Volk ihr Arbeitsprogramm entwickelte, lehnte sie es ab, die Volksmassen mit leeren Versprechungen zu täuschen. Die Regierung legte vielmehr die konkreten Maßnahmen dar, die unter den gegebenen Verhältnissen realisierbar waren. Dadurch hat die Regierung einem neuen Grundsatz der Politik in Deutschland zum Durchbruch verholfen, der den Gepflogenheiten der doppelgesichtigen Kabinettpolitik bürgerlich-kapitalistischer Regierungen diametral entgegengesetzt ist. Diese Regierungen einer besitzenden Minderheit müssen in ihrer Politik die Interessen der Minderheit vertreten und sind daher stets gezwungen, den Unwillen und die Empörung der getäuschten Massen durch neue und immer größere Versprechungen abzulenken. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dagegen hat sich als eine Regierung der Arbeit bezeichnet, und es war mehr als ein symbolischer

Akt, daß alle Minister ihre Arbeit mit Ansprüchen in den großen volkseigenen Betrieben der Republik begannen, indem sie vor den Werktätigen die gemeinsam zu lösenden Aufgaben darlegten. Das war der Beginn der Arbeitsmethode der Regierung, stets unter stärkster Beteiligung aller Parteien, aller Massenorganisationen und breiter Kreise der Bevölkerung in aller Offenheit und selbstkritisch ihre Arbeit zu entwickeln. Sie war Ausdruck des konsequenten Demokratismus, der darin besteht, eine wirkliche Volksmacht zu errichten und die Massen zu den staatlichen Aufgaben dieser Volksmacht in größtmöglichem Umfange heranzuziehen. Mit dieser Methode und gestützt auf die Einheit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse ist es der Regierung in dem zurückliegenden Jahr gelungen, die antifaschistisch-demokratische Ordnung als staatsrechtliche Form für die Entfaltung eines konsequenten Demokratismus fest zu verankern. Während sich in Westdeutschland die Kluft zwischen Regierung und Volk immer mehr vertieft und die Regierung in den entscheidenden Fragen des Lebens des Volkes eine Politik betreibt, die den Interessen der breiten werktätigen Massen entgegengestellt ist, ist es in der Deutschen Demokratischen Republik durch die Entfaltung einer wahrhaften Demokratie zur Entstehung einer Kluft zwischen Regierung und Volk gar nicht gekommen. Beide bilden eine schöpferische Einheit.

Drei Hauptaufgaben der Regierung

Aber nicht nur in ihrer Arbeitsmethode, sondern vor allem auch in der Zielsetzung ihrer Politik unterscheidet sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom ersten Tage ihrer Tätigkeit an von allen bisherigen Regierungen in Deutschland, vornehmlich auch von der Bonner Separatregierung. Ein neuer Weg in der deutschen Politik wurde klar und zielsicher beschritten, der Weg der Demokratie, des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern. Dabei waren die Bestrebungen der Regierung besonders darauf gerichtet, friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu den Völkern herzustellen, die am schwersten unter dem deutschen Faschismus gelitten hatten, zur großen Sowjetunion und zu den Volksdemokratien. Das ist die erste Hauptaufgabe, die sich die Regierung gestellt hatte.

Die zweite Hauptaufgabe, die die Regierung in ihrem Arbeitsprogramm hervorhob, ist die Lösung der deutschen Frage. Bei aller Anerkennung der Bedeutung, die die Unterstützung der Regierung auf dem Gebiete der internationalen Politik durch die Sowjetunion und die Volksdemokratien hat, handelt es sich dabei um eine Aufgabe, die ureigenste Sache aller patriotischen Kräfte des demokratischen Deutschland sein muß. Dabei stützt sich die Regierung auf die Potsdamer Beschlüsse, die die Rechtsgrundlage für die Lebensforderungen des deutschen Volkes, besonders für das in ihnen zugesicherte Recht der Vereinigung aller Teile Deutschlands in einer einheitlichen demokratischen Republik sind.

Die dritte Hauptaufgabe bezog sich nun auf den derzeitigen Wirkungsbereich der Deutschen Demokratischen Republik. Es war die Aufgabe, planmäßig eine Friedenswirtschaft aufzubauen und damit die Voraussetzungen für die Entwicklung der Volkswirtschaft und für die